Julius Schädlich
Am See 16.
Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Gegr. 1875 **Mütze, Pelze!** Gegr. 1875
Pelzboas, Pelerinen, Collier, Herrenkragen, Pelzmützen u. s. w. empfiehlt
Heinrich Hanicke, Kürschnermeister, Wettinerstrasse 13.
(Inhaber des „Fresko").

Steingut unter Bazar-Preisen
Zwiebeln. Weiss. Speiseteller v. 10 Pf. an. Schüsseln 8-45 Pf.
2 Mk. Waschgeschirre bunt
Nachttöpfe 38-45 Pf. Waschbecken 45 Pf.
Alles Bedarfsgeschirr
J. G. Klingner No 3. Waisenhausstr.

Tapisserie-Manufactur
C. Hesse, Königl. Hofl., Altmarkt
empfiehlt neben seinen Neuheiten
Vorjährige Muster von Handarbeiten
zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

L. Weidig
Waisenhausstrasse 34
Neuheiten in elegant garnirten Damenhüten
Grosse persönliche Einkäufe auf Modistenreisen in Berlin, Paris, London.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt **Otto Büttner.** Galvanisches Laboratorium für Vernickelung, Verkupferung, Vermessingung, Versilberung, Vergoldung, Bronciren, Oxydiren aller Metallgegenstände. Force-Abtheilung: **Vernickelung von Fahrrädern, Maschinentheilen und Schlittschuhen.** **Falkenstrasse 1—3.** Fernsprecher Amt I. 1606.

Nr. 347. Spiegel: Maßregeln gegen Anarchisten. Ministerium Crispi. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen. Generalconsul Scheller †. Bund der Landwirthe. Gesammtrathssitzung. Weihnachtsschau. Gerichtsverhandlungen. Nappoldi-Quartett. **Mittwoch, 13. Decbr.**

Backt-Butter, beste Ware, empfiehlt die Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 75.

Politisches.

Die öffentliche Meinung in ganz Europa, wie sie in den Kundgebungen einzelner Parlamente und in der Presse aller staatserhaltenden Parteien aller Länder zum Ausdrucke gelangt, ist nicht blos einig in der rückhaltlosen Verurtheilung der neuesten anarchistischen Schandthat, sondern sie stimmt auch darin überein, daß die wachsende Gefahr der anarchistischen Propaganda die Verstärkung der Abwehr- und Verhütungsmaßregeln der internationalen Mörderbande gegenüber dringend erheische. Von Kaiser Wilhelm wird die Aeußerung berichtet, daß es nunmehr ohne drakonische Abwehrmaßregeln gegen die Anarchisten nicht mehr weitergehe. Bestätigt sich dieser Ausspruch, so wird man es mit Freude zu begrüßen haben, daß auch unser Kaiser die Auffassung theilt, die sich allenthalben unter dem frischen Eindruck des Pariser Bombenattentats geltend macht. Kaiser Wilhelm würde weit über die Grenzen Deutschlands hinaus den lebhaftesten Dank ernten, wenn er die Initiative ergriffe, damit gleichzeitig und möglichst gleichmäßig allerwärts die Bekämpfung der von dem Anarchismus drohenden gemeinsamen Gefahren in Angriff genommen wird. Nach zwei Richtungen wird der Vernichtungskampf gegen die Anarchisten aufzunehmen sein: einerseits durch Verschärfung der Straf- und Repressiv-Gesetze in den einzelnen Staaten, andererseits durch internationale Maßregeln im Sinne der Ausstoßung oder Vertilgung aller derjenigen Elemente, die als Bekenner oder Gönner und Förderer des Anarchismus erkannt werden. Die bloße Anwendung der bereits bestehenden Gesetze genügt nirgends, weder in Frankreich, noch in den meisten übrigen civilisirten Staaten. Die Gesetzgebung muß überall dahin abgeändert werden, daß nicht etwa blos öffentliche Zusammenkünfte von Leuten, die sich Anarchisten nennen, unmöglich gemacht wird, sondern daß überhaupt Jeder, der anarchistische Gesinnungen bekundet und fördert, sofort hinter Schloß und Riegel gebracht wird. Anerkennung und Nacheiferung verdient es, daß sich die französische Regierung in der richtigen Erkenntniß, daß die Strafbestimmungen des gemeinen Rechts nicht ausreichen, auf der Stelle entschlossen hat, neue Gesetzentwürfe zur Verhütung und Unterdrückung anarchistischer Verbrechen der Kammer vorzulegen. Daß diese die Vorschläge der Regierung ohne Kommissionsberathung sofort angenommen hat, war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich erscheint es, daß gegenwärtig jede monarchische wie republikanische Regierung in Europa freudig einer Anregung zu internationalen Vereinbarungen zur Bekämpfung des Anarchismus Folge geben würde. Kein Fürst kann heute mehr das schöne Bewußtsein haben, daß er sein Haupt ruhig in jedes Unterthanen Schooß legen kann und jedes Parlament der Welt ist der Gefahr ausgesetzt, am eigenen Leibe eine erneute Auflage des Pariser Bombenattentats zu erleben. Eine durchgreifende Abwehr kann nur durch eine internationale Verständigung erzielt werden. Denn so lange es noch Staaten giebt, die den Anarchisten das Asylrecht gewähren, bleibt das energische Vorgehen einzelner Staaten wirkungslos. Die Verkehrsverhältnisse der Gegenwart gestatten so rasche Bewegungen, daß der heute aus einem Lande ausgewiesene oder entflohene Anarchist wenige Stunden später in einem anderen Lande sein mörderisches Handwerk fortsetzen kann. Mit Recht ist auch hervorgehoben, daß gemeinsame internationale Schritte zugleich die Reaktion des öffentlichen Gewissens gegen den Anarchismus wirksam fördern und damit die Heilung von innen heraus anbahnen würden.

Das neue italienische Ministerium Zanardelli war ein todtgeborenes Kind. Es fehlte ihm ein unentbehrlicher Bestandtheil, der Minister der Finanzen, ohne den kein Kabinet lebensfähig ist, am allerwenigsten ein italienisches, dessen Hauptaufgabe die Neubeschaffung von Finanzen ist, weil eben keine mehr vorhanden sind. Mehr als 14 Tage dauert bereits die Ministerkrisis in Italien. Sie ist zu einer Art Staatskrisis geworden, da sich mit Ausnahme eines einzigen Mannes kein Politiker mehr die Fähigkeit zutraute, die Lösung der Krisis zu übernehmen. Dieser einzige Mann ist Francesco Crispi. Auf ihn haben sich daher in den letzten Tagen Aller Augen gerichtet. Das mag den ehrgeizigen 74jährigen Sizilianer mit stolzer Genugthuung erfüllt haben, nachdem er vor zwei Jahren durch den schnöden Undank seiner Landsleute zum Rücktritt gezwungen worden war. Crispi hat sich auf die Mission, die seiner harrt, vorbereitet, indem er in den letzten Tagen die Schulden bei der Nationalbank bezahlte, die er aus der Zeit vor seiner letzten Ministerpräsidentschaft in Höhe von 244,000 Lire kontrahirt hatte. Mit erleichtertem Gewissen konnte er nunmehr der Aufforderung seines Königs, die Kabinetsbildung zu übernehmen, Folge leisten. Auch König Humbert dürfte die Ueberzeugung gewonnen haben, daß nur noch Crispi im Stande ist, das Vaterland aus seiner gegenwärtigen Nothlage zu erlösen. Denn dieser ausgezeichnete Staatsmann besitzt alle jene Eigenschaften, die seinen Vorgängern fehlten und die nothwendig sind, um Italien zu retten. Er erfreut sich in seiner Heimath wie im Auslande eines staatsmännischen Ansehens, wie wenige seiner europäischen Kollegen. Er verfügt insbesondere über jene rücksichtslose Energie, die vor keinem Hinderniß zurückschreckt, selbst nicht vor der Gefahr der Unpopularität. Die Aufgabe, vor die sich Crispi gestellt sieht, ist eine ungemein schwierige. Dem italienischen Volke bietet sich eine verzweifelte Alternative. Entweder verzichtet Italien auf seine Großmachtstellung, indem es das Gleichgewicht der Finanzen durch Ersparnisse im Heeresbudget herstellt, oder es entschließt sich, die militärischen Lasten, die ihm durch seine nationale Machtstellung in Europa auferlegt sind, auch fernerhin zu tragen und sucht eine finanzielle und wirthschaftliche Gesundung durch Erhöhung von Steuern oder durch neue Steuern herbeizuführen. An dem Versuche aber, die Steuerzahler noch mehr zu belasten, ist bisher jedes Kabinet gescheitert. Es geht eine starke Strömung durch das italienische Volk, welche die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts durch Reduzirung des Militäretats fordert. Die Rechte sowohl wie die äußerste Linke begegnen sich in dieser Forderung, die darauf ausgeht, eine Verminderung des Heeres um mindestens zwei Armeekorps eintreten zu lassen. Es ist kaum anzunehmen, daß Crispi diese Forderung in sein Programm aufnehmen wird. Crispi ist von jeher ein Freund des Dreibundes gewesen und dürfte sich schwerlich zu einer Maßregel verstehen, die geeignet ist, den Allianzwerth Italiens herabzusetzen und seine Großmachtstellung zu schwächen. Vielmehr ist anzunehmen, daß er den Versuch unternehmen wird, die Wiederherstellung des Gleichgewichts in dem Staatshaushalte durch eine beträchtliche Steuererhöhung zu erzielen. Ob dieser Versuch glücken wird, hängt in erster Linie von der Zusammensetzung des von ihm zu bildenden Kabinets und von der hierdurch bedingten Unterstützung ab, die er von den einzelnen Parteien zu erwarten hat. Ohne eine starke Kammermehrheit ist die Durchführung eines rücksichtslosen Steuerprogramms unmöglich. Crispi geht daher darauf aus, die Grundlage seines Kabinets möglichst auszudehnen und in demselben die hervorragenden Kapazitäten der größeren Parteigruppen zu vereinigen. Denn nur auf diesem Wege, durch ein sogen. Koalitionsministerium, würde eine zuverlässige Mehrheit im Parlamente zu gewinnen sein. Die italienischen Blätter begleiten in der großen Mehrzahl die Bemühungen Crispis, die rechten Männer um sich zu schaaren, mit lebhafter Sympathie und billigen laut das angeblich von ihm gesprochene Wort: „Wir brauchen ein Ministerium von Patrioten und fähigen Köpfen." Ein Zweifel, ob es Crispi gelingen werde, ein solches Ministerium zusammenzubringen, wird nirgends laut; vielmehr scheint eine allgemeine Genugthuung darüber zu herrschen, daß ihn sein jäher und durch die Fahnenflucht seiner Parteigenossen verschuldeter Sturz vom 31. Januar 1891 nicht entmuthigt hat, abermals und diesmal in so schwerer Stunde seine Thatenfreudigkeit zu erproben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. December.

Berlin. Reichstag. Der schleunige Antrag der Abgeordneten Auer und Genossen betr. Einstellung des gegen den Abgeordneten Dr. Sigl (wild) beim Landgericht München I schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen. Auf der Tagesordnung steht dann die 2. Berathung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien. Auf Antrag des Abg. v. Manteuffel wird zunächst der Handelsvertrag mit Rumänien berathen. — Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.): Die Statistik der sogen. Grünbücher mit ihren Ziffern beweise für oder wider die Güte der Handelsverträge Nichts, denn es sprechen darin verschiedene andere Faktoren mit. Thatsache ist, daß die Getreidezölle die Wirkung haben, die Getreidepreise auf einer gewissen Höhe zu halten und daß eine Herabsetzung der Zölle diese Wirkung abschwächt. Die größte Autorität in politischen Dingen, die wir in Deutschland noch haben, steht gerade in der Frage der Handelsverträge nicht auf der Seite des Bundesraths. Eine Nothwendigkeit der Annahme der Verträge lag nicht vor. Unsere Unterhändler sind gegenüber den sehr gewandten Unterhändlern Oesterreichs im Nachtheil geblieben. Was die neuen Handelsverträge betrifft, so stimmen wir gegen dieselben, soweit sie die Landwirthschaft schädigen. In dieser Hinsicht steht es mit den Verträgen mit Spanien und Serbien nicht so schlimm als mit dem rumänischen Vertrage, weil immer die Gefahr besteht, daß russisches Getreide in Rumänien zu den geringen Zollsätzen eingeschmuggelt wird. Wir glauben nicht, daß es im Interesse Rumäniens liegen kann, für den Fall des Nichtzustandekommens des Vertrags einen Zollkrieg mit uns zu beginnen. Trete dieser Fall aber doch ein, so würden wir das im Interesse der Industrie bedauern; es würde aber auch dann klar hervorgehen, daß man die Interessen der Landwirthschaft nicht ungestraft schädigen dürfe. Wer für den rumänischen Vertrag stimmt, wird nicht umhin können, auch für den russischen Vertrag zu stimmen. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Jeder einzelne Vertrag ist ein in sich abgeschlossenes Ganze und wer für den einen Vertrag stimmt, übernimmt damit keineswegs die Verpflichtung, für den anderen Vertrag auch zu stimmen. Wir haben also bei jedem einzelnen Vertrag nur zu fragen, ob uns genügende Aequivalente geboten sind. Je ungünstiger die Verhältnisse der Landwirthschaft liegen, desto mehr sollen wir uns hüten, handelspolitische Experimente zu machen, durch welche wir die umfassende Industrie mit vielen Tausenden von Arbeitern auf das Spiel setzen. (Widerspruch rechts. Ruf: Tabaksteuer.) Wir lassen uns in der Fürsorge für alle Zweige des Volkswohls von Niemandem übertreffen. (Widerspruch rechts.) Die Worte, die ich Namens der verbündeten Regierungen hier ausspreche, haben mindestens so viel Werth, als die Thaten des Bundes der Landwirthe. Graf Limburg will den Zollkrieg als Selbstzweck, während der Zollkrieg nur ein Nothbehelf sei und den Abschluß eines befriedigenden Vertrags zum Ziel haben soll. Es handelt sich Rumänien gegenüber gar nicht um Herabsetzung des Getreidezolls; der niedrige Getreidezoll steht Rumänien gegenüber bereit, infolge des Provisoriums. Das wissen wohl die wenigsten Landwirthe, die sich an der Agitation gegen den Vertrag betheiligen. Die ganze Bewegung beruht auf unrichtigen Voraussetzungen. Die Herren, welche der landwirthschaftlichen Bewegung nahestehen, sollten sich doch bemühen, Belehrung zu schaffen. Man wirft der Regierung vor, daß sie gerade in freisinnigem, ja sozialdemokratischem Fahrwasser treibe. Will man der Regierung zumuthen, eine schlechte Handelspolitik blos um deswillen zu treiben, weil sie sonst des Beifalls der Rechten nicht sicher wäre? Es ist eine Irreführung des Landes, wenn man aus dem Beifall der Linken zu dem Handelsvertrag die Annahme herleiten will, die Regierung befinde sich auf dem Wege zum Freihandel. — Abg. v. Staudy (kons.) findet es auffällig, daß die über die Einfuhr nach Rumänien gegebenen Ziffern nicht der deutschen, sondern der rumänischen Statistik entnommen seien. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): Die von der Minderheit gemachte Zusammenstellung der Zollausfälle in der Kommission beruht auf der falschen Voraussetzung, daß sich die Einfuhrziffer genau auf der jetzigen Höhe halten würde. — Abg. Dr. Schädler (Centr.) spricht sich Namens der bayrischen Landwirthschaft gegen die Handelsverträge aus. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Durch die Ablehnung des rumänischen Vertrags würde unsere Industrie ein großes Absatzgebiet verlieren und werde es viele Jahre angestrengter Arbeit kosten, das Verlorene wieder zu erlangen. Man würde mit der Ablehnung des rumänischen Vertrags vielleicht einen russischen Vertrag vorbereiten, dessen Abschluß dann nöthig werden würde, um der deutschen Industrie überhaupt Absatz zu schaffen, so man würde einer Freihandelsära vorarbeiten. Es würde dann nicht möglich sein, die heutige Maßnahme zum Schutz der Landwirthschaft, wie die sogen. Liebesgabe, aufrecht zu erhalten. Er wolle Industrie und Landwirthschaft gleichmäßig schützen und werde deshalb für den Vertrag stimmen. — Abg. Graf v. Mirbach (kons.): Der Herr Staatssekretär meinte, es wäre inkonsequent von uns, nicht für den Vertrag zu stimmen, da wir doch für das Provisorium gestimmt hätten. Das haben wir allerdings gethan, aus Konvenienz, weil wir der uns befreundeten Regierung keine Schwierigkeiten machen wollten; wir werden künftig vorsichtiger sein. Wir können nicht verlangen, daß uns die Regierung einen Minimalpreis garantire, aber wir können verlangen, daß wenn für längere Dauer die Preise hinter den Produktionskosten zurückbleiben, Vorsorge getroffen werde, einem solchen Zustande ein Ende zu machen. Der Getreidepreis ist dauernd zurückgegangen und wenn vor 5 Jahren ein Zoll von 3½ Mk. genügte, so bedarf es heute eines solchen von 5 Mk. Die konservative Partei ist sich im Gegensatz zu den verbündeten Regierungen treu geblieben und wir meinen, daß sich die Regierung auf falscher Bahn befinde. — Die Abgg. Dr. Barth (freis. Ver.) und Buddeberg (freis. Volksp.) sprechen sich im Interesse der Industrie für die Handelsverträge aus. — Abg. Hilpert (bayr. Bauernb.) freut sich, daß sich das Centrum dem Standpunkt seiner Partei wieder nähere und spricht sich gegen die Verträge aus. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser empfing heute den aus Palästina zurückgekehrten Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths Dr. Barkhausen. — Der Kaiser hat einen neuen Entwurf des Geschützexerzier-Reglements für die Fußartillerie mit der Bestimmung genehmigt, daß nach demselben bis auf Weiteres zu verfahren ist. — Der gedruckte Bericht der Börsen-Enquete-Kommission ist nebst einer Anzahl Anlagebände gestern endlich dem Reichskanzler durch den Vorsitzenden der Kommission überreicht worden. Der Bericht umfaßt nicht weniger als 190 Folioseiten. — Gegenüber der Angabe der „Frkf. Ztg.", dem württembergischen Gesandten v. Moser sei in Berlin die Eröffnung gemacht, man wünsche den Verkehr mit ihm auf das amtlich nothwendige Maß beschränkt zu sehen, behauptet die „Nat.-Ztg.", daß Herr v. Moser hier bei allen in Betracht kommenden Fällen nach wie vor persona gratissima und die Geschichte von der ihm gemachten Eröffnung erfunden sei. — Die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetze wurde heute von der damit beauftragten Reichstags-Kommission berathen und die Bestimmung, welche die Altersgrenze für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes vom zurückgelegten 24. auf das 18. Lebensjahr herabsetzt, angenommen. — In der Reichstagskommission für die Novelle des Viehseuchengesetzes wurde der neue Paragraph, welcher dem Reichskanzler die Ermächtigung zur Herstellung und Erhaltung einheitlicher Maßnahmen in den Einzelstaaten ertheilt, einstimmig angenommen. — Man erwartet im Reichstag die Annahme des rumänischen Handelsvertrags mit einer Majorität von etwa 10 Stimmen.

Berlin. Die deutsche Ingenieur-Abtheilung der Chicagoer Weltausstellung, die jenseits des Ozeans wesentlich zum Ruhme Deutschlands beigetragen hat, soll im nächsten Sommer in Berlin dem Publikum nochmals als geschlossene Ausstellung vorgeführt werden. Man steht zur Zeit in Unterhandlung, um die große Maschinenhalle des Landesausstellungsmarktes zu diesem Zwecke zu erhalten.

Berlin. Der hannoversche Männergesangverein in Stärke von 200 Personen ist heute nebst der Musikkapelle des 73. Infanterieregiments aus Hannover in Potsdam eingetroffen, um Abends bei dem Hofconcert im Neuen Palais mitzuwirken. — Wie die „Freis. Ztg." zuverlässig erfährt, ist die Wiedereinführung des politischen Sprachunterrichts infolge eines Beschlusses des Ministerraths erfolgt, den Minister Bosse jetzt noch auszuführen unternommen hat, auch in Rücksicht, daß Graf Caprivi, natürlich vertraulich, den Erzbischof Stablewski von der bevorstehenden Konzession benachrichtigte.

Hamburg. Das Allgemeinbefinden des Fürsten Bismarck ist wieder das denkbar beste. Sein Aussehen zeugt von außerordentlichem Wohlergehen. Der Gang des Fürsten ist bei gerader Haltung fest und sicher. Er genießt wieder alle bisher gewohnten Speisen und Getränke und unternimmt täglich Spazierfahrten im Sachsenwalde.

Görlitz. Auf dem Dominium Tiefhon erwürgte eine Greisin magd ihre Tochter und ließ die Leiche durch einen Knecht in ein Wasserloch werfen. Die Mörderin ist verhaftet.

Wien. In dem Parlamentsgebäude haben seit heute mehrfache Vorsichtsmaßregeln behufs besserer Ueberwachung des Publikums auf den Galerieen stattgefunden.

Paris. Zahlreiche Ausweisungen stehen bevor. Die Verhaftungen sollen bereits angeordnet sein.

Bern. Die im großen Uhrmacherdorfe Chaux des Fonds am Sonntag in Wirthschaften verbreitete anarchistische Kundgebung enthält folgende Stelle: Jeder Arme ist berechtigt, sich aller Mittel zu bedienen, welche ihm die Wissenschaft an die Hand giebt, um sich zu rächen für die Leiden, welche die Gesellschaft ihm erdulden läßt und um Tod und Schrecken inmitten der reichen Schurke zu verbreiten, namentlich, wenn sie sich versammeln, um zu lachen und sich zu vergnügen (Anspielung auf Barcelona).

Bukarest. Senat. Bei der heutigen Debatte über die Adresse an den König erklärte der Minister des Auswärtigen, die Finanzlage sei glänzend und die Einnahmen nähmen alljährlich zu, ohne Einführung neuer Steuern. Deutschland habe bei den Handelsvertragsverhandlungen das größte Entgegenkommen bewiesen und wenn der Reichstag den Vertrag genehmige, stehe zu hoffen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien noch herzlicher werden würden. (Beifall.)

Fiume. Der ungarische Dampfer „Dampiere" stieß auf der Fahrt von Tunis nach Fiume mit dem englischen Dampfer „Lamington" zusammen und sank nach einigen Minuten. Die Mannschaft wurde gerettet.

Die **Berliner Börse** verlief lustlos, nur in Türkenlosen fanden rege Umsätze zu steigenden Coursen statt. Banken bröckelten bei schwerfälligem Geschäft langsam ab. Auch Kreditaktien erfuhren einen mäßigen Rückgang. Italiener waren auf ermäßigte Pariser Notirungen billiger abgegeben, erholten sich aber später. Mexikaner, Ungarn und Russen abgeschwächt. Eisenbahnen ohne Leben, schweizerische wesentlich schwächer, auch Bergwerke sehr